

Der Hauptstoß richtete sich gegen das MfS, seine Angehörigen und Inoffiziellen Mitarbeiter (Oktober bis 17. November 1989)

Die DDR befand sich zu Beginn des IV. Quartals 1989 in einer Existenzkrise, die alle Bereiche erfaßt hatte. Hilfe von der UdSSR war nicht mehr zu erwarten.

In dieser Situation wirkten etliche Ereignisse und deren öffentliche Behandlung verheerend. Da waren die Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zum 40. Jahrestag der DDR, vor allem das Vorgehen von Polizei und Staatssicherheit gegen Protestdemonstrationen in Berlin am 7. und 8. Oktober. Die Tätigkeit des eingesetzten Untersuchungsausschusses richtete sich vor allem gegen das MfS und dessen Mitarbeiter. Die zu diesem Zweck produzierten Horrormeldungen fanden – trotz jahrelanger umfangreicher und intensiver Ermittlungstätigkeit durch Staatsanwaltschaft und Polizei – in keinem einzigen Fall ihre Bestätigung in Form gerichtlicher Verurteilungen von Mitarbeitern des MfS/AfNS. Da war die Lesung Walter Jankas aus seinem Buch »Schwierigkeiten mit der Wahrheit« im Deutschen Theater zu Berlin. Die damit verbundenen tendenziösen öffentlichen Angriffe gegen das MfS bedeuteten einen Dammbbruch, um ungezügelt das MfS/AfNS und seine offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter zu verteuflern.

Da war der peinliche Auftritt von Minister Mielke in der Volkskammer am 13. November 1989, der eine Legende zerstörte.

Da war die sich steigernde Kampagne über Amtsmißbrauch, Korruption und Privilegien.

16

Nicht zuletzt die Massendemonstrationen in Leipzig und in anderen Städten und Orten der DDR richteten sich zunehmend gegen das MfS. Eine der Losungen auch bei der Kundgebung am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz lautete »Stasi in die Produktion!«. Charakteristisch für die Lenkung ihrer politischen Zielsetzung und deren Initiatoren war der Wandel der Hauptlosung von »Wir sind das Volk!« in »Wir sind ein Volk!«.

Obwohl diese Demonstrationen eine beträchtliche politische und psychologische Wirkung besaßen, reichten sie nicht, um allein den Zusammenbruch des Staates herbeizuführen. Sie beherrschten jedoch die Medien und beschleunigten das Tempo des Zerfalls der SED, der DDR und damit auch des MfS.

Die »Erklärung« des Politbüros des ZK der SED vom 11. Oktober 1989, mit der alle Bürger der DDR aufgefordert wurden, die anstehenden Probleme mit vereinten Kräften zu lösen, der Rücktritt Erich Honeckers am 18. Oktober 1989, die Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär des ZK der SED und andere politische Entscheidungen konnten diese Entwicklung nicht mehr aufhalten. Zu tief war der inzwischen eingetretene Vertrauensverlust gegenüber der politischen Führung, zu desolat der Zustand der SED und der Gesellschaft.

Die politische Führung unter Egon Krenz erwies sich in der äußerst zugespitzten Lage außerstande, dieser Entwicklung mit einem überzeugenden politischen Konzept wirksam Einhalt zu gebieten. Das zeigte sich u. a. deutlich auf der 10. Tagung des ZK der SED, die vom 8. bis 10. November beriet. Inkonsistenzen bei der Wahl des neuen Politbüros stießen auf völliges Unverständnis vieler Menschen, auch bei Mitgliedern der SED. Das Referat von Egon Krenz enthielt zwar Ansätze zu einer Neuorientierung, doch die Gesamtkonzeption des Plenums war nicht ausgereift und setzte keine überzeugenden Schwerpunkte.

Dazu kamen gravierende Fehleinschätzungen und politische Fehler wie die kopflose Öffnung der Grenzen zur BRD und nach Westberlin am 9. November 1989.

Damit war zwar kurzfristig ein Ventil geschaffen, aber strategisch zugleich das Schicksal der DDR besiegelt worden.

Bei der Mitarbeit am längst überfälligen neuen Reisegesetz waren alle – auch die Verantwortlichen im MfS – davon ausgegangen, daß ab 10. November 1989 eine nur unwesentlich durch Visum beschränkte freizügige, aber ordnungsgemäße Aus- und Wiedereinreise von DDR-Bürgern unter Beibehaltung der souveränen Grenze ermöglicht werden sollte. Die Erklärung

17

des Politbüromitgliedes Günter Schabowski auf der internationalen Pressekonferenz am 9. November und der dadurch an den Grenzübergangsstellen entstandene Druck, kam für alle Verantwortlichen in den Grenztruppen, des MdI, des Zolls und des MfS völlig überraschend.

Daß die Grenzübergänge schließlich unter dem Druck der Massen und ohne Blutvergießen geöffnet wurden, ist ein Verdienst aller beteiligten bewaffneten Organe und des Zolls.

Auch im MfS zeigte sich, daß die Führung auf eine derartige Situation in der DDR nicht vorbereitet war.

Allerdings entwickelten Führungskader des MfS – auf der Grundlage ihrer Erkenntnisse aus der Arbeit und in Auswertung der Kritiken der Öffentlichkeit an der Arbeit des Ministeriums – Ansätze zur Überarbeitung der Sicherheitspolitik. Sie wollten mittels einer grundlegenden Veränderung der Arbeit des MfS die staatliche Sicherheit der DDR gewährleisten. Sie schlugen die Auflösung des MfS und die Gründung eines Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) sowie die Übertragung von bisher wahrgenommenen Aufgaben und Funktionen an andere staatliche Organe vor – mit einer einschneidenden Reduzierung des Personalbestandes.

Das AfNS sollte konsequent begrenzte Aufgaben erhalten, d. h. sich ausschließlich auf die Aufklärung und Abwehr feindlicher Angriffe von außen und im Inneren konzentrieren. Paßkontrolle, Missionsschutz, Militärabwehr usw. sollten in die Kompetenz anderer Organe übergehen.

Das Wesen dieser Pläne bestand darin, einen Apparat aufzulösen, der als Ministerium mit allen nachgeordneten Bezirks- und Kreiseinrichtungen eine große Machtfülle konzentriert hatte. Unter Berücksichtigung der treuen und oft hingebungsvollen Arbeit der Angehörigen des MfS widmeten die Verfasser der sozialen Absicherung dieser Maßnahmen entsprechenden Raum.

Am 15. November 1989 gab das Kollegium des Ministeriums eine Erklärung für alle Angehörigen des MfS ab. Das AfNS wollte sich vorbehaltlos in die Politik der Erneuerung einordnen. Diese Erklärung verfehlte jedoch die angestrebte Wirkung. Die in ihr enthaltene Formulierung »Freisetzung bzw. Umgruppierung von Kadern in erheblicher Größenordnung« verstärkte die Unsicherheit unter den Angehörigen des MfS und nährte deren Angst um ihre berufliche Existenz.

Diese Reaktion war auch Hinweis darauf, daß in einigen Dienstseinheiten die Leiter ihrer Verantwortung nicht mehr gerecht wurden bzw. nicht mehr in der Lage waren, den Inhalt der Erklärung überzeugend darzulegen. Massiv wurde von diesem Zeitpunkt an die Beantwortung der Frage

18

gefordert, wie es überhaupt mit der Arbeit im MfS und damit mit jedem einzelnen weitergehe. Diese Frage konnte in dieser Situation jedoch niemand verbindlich beantworten.

Ausgehend von den Plänen und Vorschlägen zur weiteren Gestaltung der Arbeit der Staatssicherheit, zugleich getragen von der Sorge um die bis dahin gewährleistete Sicherheit des Schriftgutes im MfS und damit vor allem der Inoffiziellen Mitarbeiter, ergingen bereits im Oktober die ersten Weisungen zur selektiven Aktenvernichtung. Vernichtet werden sollte jenes Schriftgut, das für die künftige Arbeit nicht mehr gebraucht wurde. Das verstärkte bei den Mitarbeitern das Gefühl der Unsicherheit.

Häufig und berechtigt wird der Vorwurf erhoben, im MfS sei viel zu wenig Schriftgut vernichtet worden. In der Tat: Im MfS wurde zu viel archiviert. Von den meisten Papieren gab es zwei und drei Kopien. Und das über 40 Jahre lang. Erst 1987 wurde eine Ordnung zur Kassation/Vernichtung von Schriftgut im MfS erlassen. Zum Schluß hatte sich soviel Archivgut angesammelt, daß es allein aus technischen Gründen unmöglich war, binnen kurzer Zeit alles zu vernichten. Die Manie, alle operativen Erkenntnisse – selbst unbedeutende – zu archivieren, entsprach der fehlerhaften Breite der Arbeit des MfS und der Vorstellung, alles nachweisen zu müssen, was Gegenstand der Arbeit des MfS war.

Der Gedanke, daß dieses umfangreiche Schriftgut eines Tages in die Hände des Gegners fallen könnte, wurde nie ernsthaft erwogen.

Mit Nachdruck forderten Angehörige des MfS öffentliche Erklärungen über die Medien, daß auch sie für die Erneuerung des Sozialismus in der DDR und bereit seien, das, was das MfS in der Öffentlichkeit diskreditiert

hatte, über Bord zu werfen.

Das waren keine taktischen Winkelzüge, wie das häufig unterstellt wurde, sondern entsprach ihrer ehrlichen Überzeugung und ihren politischen Einsichten. An Versuchen, dem MfS in der Öffentlichkeit dazu Gehör zu verschaffen, hat es nicht gefehlt. Jedoch ohne Erfolg. Zum einen war das in Jahren angehäuften Mißtrauen gegenüber dem Ministerium in Teilen der Bevölkerung derart groß, daß jegliche Erklärung von dort wenig glaubwürdig schien.

Zum anderen hatten sich die DDR-Medien von der Vormundschaft der SED-Führung befreit und zeigten keinerlei Neigung, Verlautbarungen des MfS zu verbreiten. Viele Mitarbeiter des MfS aber nahmen an, diese Blockade seitens der Medien sei dem Unwillen und Unvermögen leitender Mitarbeiter zuzuschreiben, die dadurch verstärkt massiver Kritik ausgesetzt waren.

19

Diese Entwicklungen konnten nicht ohne tiefgreifende Auswirkungen auf die Angehörigen des MfS bleiben, unter denen sich Besorgnis, Verbitterung und Empörung weiter ausbreiteten. Grundsätzlich bewegte alle Mitarbeiter die Sorge um den weiteren Bestand der DDR.

Jetzt brach vieles aus ihnen heraus, was sich bis dahin angestaut hatte.

In erregten Diskussionen gab es massive Kritik nicht nur am Versagen der politischen Führung, sondern auch an der Leitung des Ministeriums sowie an Leitern von Dienstseinheiten. Die Vorhaltungen wurden verbunden mit ungeduldigen Forderungen nach einschneidenden Veränderungen auch im MfS.

Als Reflex auf die angekündigte Reduzierung des Mitarbeiterbestandes versuchten nicht wenige, sich auf eigene Faust eine neue Arbeit zu suchen. Unter diesen Bedingungen gingen objektiv die operativen Aktivitäten zurück. Hervorzuheben ist, daß die Verantwortlichen und die Mitarbeiter des MfS in der gesamten Periode des Unterganges der DDR und des MfS/AfNS konsequent jegliche Gewaltanwendung ablehnten. Alle Weisungen und Orientierungen aus dieser Zeit waren von dem Geist geprägt, keinerlei Anlaß für eine Eskalation der Auseinandersetzungen zu bieten und die Lage nicht zu komplizieren. Die Anwendung der Schußwaffe war grundsätzlich verboten. Vereinzelt Forderungen nach Gewaltmaßnahmen wurde konsequent entgegengetreten.

Die Tatsache, daß die Mitarbeiter in dieser komplizierten und überaus kritischen Situation besonnen handelten und kein einziger Schuß fiel, bezeugte sowohl die politische Reife der meisten Angehörigen des MfS als auch ihre Verbundenheit mit dem Volk.

Und ist auch ein Hinweis auf ihr Demokratieverständnis. Dies festzustellen ist gerade wegen des zu erwartenden Widerspruchs wichtig.